



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/245 - 25. Oktober 1957

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24631 - 33  
Fernschreiber 3386690

Nach dem Bonner Besuch des indischen Finanzministers	S. 1
Nächste Woche neue Regierung in Frankreich?	S. 2
Besuch im "Zeughaus"	S. 3
Vor dem Zusammenschluss der Vertriebenenverbände	S. 5
Nachwort zum Schörner-Prozess	S. 6
Das politische Buch: "Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik"	S. 7

## Eine Aufgabe der deutschen Politik

sp- Ohne bindende Zusagen der Bundesregierung, hat der indische Finanzminister Krishnamaschari die Bundesrepublik wieder verlassen. Sein fünftägiger Aufenthalt galt dem Bemühen, bei den führenden Stellen in Bonn Verständnis für die besondere Lage Indiens zu erwecken. Die Gespräche drehten sich vornehmlich um die Gewährung von Zahlungserleichterungen für bestehende wirtschaftliche Abkommen und um einen grösseren Devisenkredit, der Indien in die Lage versetzen soll, seinen zweiten Fünfjahresplan erfolgreich zu Ende zu führen. Der Erfolg dieses zweiten Fünfjahresplans ist wegen Finanzierungsschwierigkeiten in Frage gestellt; sein Misslingen hätte für die 350 Millionen Menschen dieses Subkontinents schwerwiegende Folgen. Indien wäre in seinem Streben, die bedrückende Armut der Massen seiner Bevölkerung halbwegs zu lindern, um viele Jahre zurückgeworfen.

Die Bundesregierung konnte sich in ihren Gesprächen mit dem indischen Finanzminister nur zu vagen Zusicherungen entschliessen. Zwar hat sie zugesagt, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um die Zahlungsverpflichtungen Indiens für ein von Krupp DEBAG errichtetes Stahlwerk zu erleichtern, aber sie liess völlig offen, ob sie auch zu den von Indien so dringend benötigten Devisenvorschüssen geneigt sein wird. Eine in den nächsten Monaten in der Bundesrepublik eintreffende indische Handelsdelegation soll in nochmaligen Gesprächen mit den Vertretern der Bundesregierung das Terrain sondieren; hoffentlich hat sie mehr Erfolg und stösst sie auf mehr Entgegenkommen als der indische Finanzminister, dessen Reise auch zugegebenermassen mehr informati-

sehen Charakter hatte.

Nachgerade ist es schon zur Binsenweisheit geworden: Ausmass, Intensität, Loyalität und der Geist guter Partnerschaft in den Beziehungen zwischen den Ländern der freien Welt und den nichtkommunistischen Völkern Asiens und Afrikas bestimmen ein gut Teil der menschlichen Zukunft. Hier fällt die Entscheidung, ob in einem grossen Teil der Welt die Demokratie erhalten bleiben kann oder vor dem Kommunismus zurückweichen muss. Wenn die wirtschaftlich schwachen Nationen Asiens, Afrikas und des Nahen Ostens nicht in der Lage sind, enge wirtschaftliche Verbindungen mit den grossen Industriemächten der Welt einzugehen, dann werden sie in wirtschaftlichen Beziehungen zu der Sowjetunion als der zweitgrössten Industriemacht treten. Der Macht der wirtschaftlichen Tatsachen kann sich auf die Dauer keine Regierung und kein Land entziehen. Heute weisse man, welche verhängnisvolle Folgen die Weigerung der Vereinigten Staaten, den Bau des Assuan Damms mitzufinanzieren, hatte: der Beherrscher Ägyptens, hochgetragen von den Wogen eines beleidigten und gedemütigten Nationalismus, entzweite die Suezkanal-Gesellschaft und schwenkte mehr/oder weniger in das sowjetische Fahrwasser ein. Mit den Folgen ihrer kapitalen Dummheit sind die Vereinigten Staaten bis heute noch nicht fertig geworden. Vielleicht wird die Erinnerung daran die USA davon abhalten, sozusagen als Freundschaftsgesetz gegenüber Beza die amerikanische Wirtschaftshilfe für Tito aufzukündigen; schon liess die Sowjetunion erklären, sie werde einen Verlust der amerikanischen Wirtschafts- und Militärhilfe für Jugoslawien mit eigenen Lieferungen an dieses Land kompensieren...

Unter der Führung Nehrus hat sich in Indien eine Kraft etabliert, deren Gewicht immer schwerer auf die Waagschale der Weltpolitik fällt. Nehru hat es unendlich schwieriger als sein Nachbar Mao Tse tung in China. Mit allen Mitteln der Diktatur und unter Missachtung des Wertes von Menschenleben und unter unsäglichen Opfern versucht das kommunistische Regime Chinas das Reich der Mitte aus jahrhundertalter Rückständigkeit auf die Ebene eines modernen Industriestaates zu führen. Nehru als ein überzeugter, von westlichen Vorstellungen geprägter Demokrat, verfolgt zwar dasselbe Ziel, aber er verabscheut die kommunistischen Methoden. Er will Indien im Geiste der Freiheit und mit den Mitteln der Freiheit zu einem modernen Staat umgestalten, aus dem die Erbäuel der indischen Geschichte, der Vampirtod von Millionen Menschen, frühzeitige Kindersterblichkeit und verheerende Krankheiten gebannt bleiben. Dazu bedarf er der Hilfe von aussen.

Ein verstehender Westen, der aus dem Geist der Partnerschaft Hilfe ohne politische Bedingungen gewährt, wird Indien als Bundesgenosse im Ringen um seine wirtschaftliche Selbstbehauptung stets willkommen sein. Für eine der Zukunft zugewandte, die Gegebenheiten der Weltlage berücksichtigende deutsche Politik ergibt sich hier ein grosses Betätigungsfeld, das wohl geeignet ist, uns aus dem weltpolitischen Nischenschatten, in den wir geraten sind, wieder hinauszuführen. Auch für uns kann es nicht gleichgültig sein, wo sich die Sympathien dieses Teiles der Welt in der weltpolitischen Auseinandersetzung um die deutsche Frage zuneigen.

25. Oktober 1957

Mollet bleibt Schlüsselfigur

B.- Paris

Wenn nicht alles wünsch, wird der Generalsekretär der sozialistischen Partei Frankreichs und frühere Ministerpräsident Guy Mollet zu Beginn der nächsten Woche die Möglichkeit haben, eine neue Regierung zu präsentieren. Offenbar unter dem Druck der immer heikler werdenden Finanzsituation Frankreichs haben sich die einzelnen Parlamentsgruppen nun doch entschlossen, Mollet in begrenztem Umfang ihr Vertrauen zu geben. Wie es heisst, für 4 Monate, während der die Regierung einige grundlegende Entscheidungen zu treffen hat. Dazu gehören u.a.: Die Verfassungsreform, die Lösung der Finanzprobleme und ein Vorstoss in Richtung auf eine neue Algerien-Politik. Mollet hat keinen Zweifel darüber gelassen, dass er das vor kurzem abgelehnte Algerien-Statut mit einigen Änderungen dem Parlament wieder vorlegen wird.

Wie verlautet, soll der frühere Ausserminister und Ministerpräsident Robert Schuman Ausserminister in einem Kabinett Mollet werden. Seine Partei - das MRP - hat die Beteiligung in der Regierung bereits zugesagt. Der teilweise unstrittene Sozialist Gazier soll wieder Sozialminister werden. Als Innenminister ist ein Radikalsozialist vorgeschien. Ob die früheren Gaullisten Mollet ihr Vertrauen geben, steht noch nicht fest; wahrscheinlich werden sie sich der Stimme enthalten.

Der für Freitag angesetzte Streik aller Verkehrsbetriebe wurde sehr wirkungsvoll durchgeführt. Obwohl die den Sozialisten nahestehende Gewerkschaft "Force Ouvriers" den Streik abgelehnt hätte, beteiligten sich doch die Arbeiter der Verkehrsbetriebe an der allgemeinen Arbeitsniederlegung. In Paris lagen die Autobus-Linien und die U-Bahn still. Auch der Eisenbahnverkehr war fast zum Erliegen gebracht; nur einige Fernzüge wurden abgefordert. Die Streikunruhen in St. Nazaire, bei denen es einen Toten und zahlreiche Verletzte gab, dehnten sich nicht auf andere Städte aus.

Trotz allem bleibt die politische Situation in Frankreich unklar. Die sozialistische Partei selbst, deren Vorstand Mollet die Zustimmung zur Übernahme einer neuen Regierung gegeben hat, betonte ausdrücklich, dies nur getan zu haben, um Frankreich aus der gegenwärtigen Situation herauszuhelfen. Andererseits ist man sich bewusst, dass wieder einmal ein Sozialist geholt wird, um die Fehler früherer anti-sozialistischer Regierungen auszugleichen. Allgemeine wird befürchtet, dass man Mollet "den Laden in Ordnung bringen lässt", um ihn dann wieder zu stürzen.

\* \* \*

- 3 -

### Das Zeughaus in Berlin

B- Den Jungen ist es unbekannt - jenes Arsenal militärischer Tradition, das vom mittelalterlichen Morgenstern bis zum Jagdflugzeug Manfred von Richthofens, von der Sturmhaube des Landknechts bis zum Stahlhelm des Grabenkämpfers aus den Jahren 1914/18 alles enthielt, was nun einmal zur Historie des Krieges gehört. Wer aber nun glaubt, dies alles sei den Bombenangriffen im letzten Krieg oder der "Volksdemokratie" der Jetztzeit zum Opfer gefallen, täuscht sich.

Militaria feiert im marxistisch-leninistischen Gewand fröhliche Urständ!

Wer jetzt zum Zeughaus hinstrebt, passiert die "Neue Wache", die, renoviert und restauriert, demnächst wieder ihren alten Verwendungszweck "zugeführt" werden dürfte. Durch ein schweres Portal betritt der Besucher das Zeughaus und trifft dort auf ein sehr lebendiges Kommen und Gehen. Schulklassen, Polizeischüler und Gruppen von jungen Soldaten (Ost) werden von ihren Lehrern oder Offizieren herangeführt. Mit Interesse beobachten die jungen Leute die Feldschlangen des Mittelalters, hören aufmerksam einem Führer zu, der ihnen an Hand einer sehr sorgfältigen Rekonstruktion durch Zinnsoldaten die Schlacht bei Jena-Auerstedt erläutert und manövrieren neugierig an dem berühmten berückichtigten MG 08/15 herum. Ein bulliger Hauptmann meinte hierzu, "das Ding kenne ich noch aus meiner Rekrutenzeit" und stellte damit zugleich eine gesamtdeutsche Verbindung zu den Besucher her.

Die Soldaten machen durchweg einen adretten und gepflegten Eindruck. Die Offiziere scheinen von fester und gesunder Konstitution zu sein und gleichen den in Gefahren recht stabilen und belastbaren Typus. Eine Sache wurde deutlich im Vergleich zur Bundeswehr. Die Leute "drüben" sind weit jünger. Majore, Oberstleutnants oder Feldwebel über 40 Jahre sind in den Soldatengruppen nirgends zu entdecken. Alle machen einen sehr interessierten Eindruck. Allerdings - den marxistisch-leninistischen Unterbau der ganzen Ausstellung schenken sie kaum Interesse. Selbstverständlich

beginnt das Ganze mit der üblichen großen "dialektischen Lüge".

Hier ist sie: " In der Geschichte der Menschheit hat es nicht immer Krieg gegeben. Die kleinen urkommunistischen Gemeinwesen, die auf dem Gemeineigentum von Produktionsmitteln beruhten, kannten ihn nicht. Mit dem Aufkommen des Privateigentums an den Produktionsmitteln, der dadurch bedingten Entwicklung der Klassen, der Klassengegensätze und der Klassenkämpfe, sowie der feindlichen Absonderung der Staaten voneinander, entstand der Krieg".

Von hier aus kommt dann der Sprung zu den friedliebenden "sozialistischen" und den aggressiven "imperialistischen Staaten".

Wer diese Thesen - sie sind dort angeschlagen, wo der Rundgang beginnt - für richtig hält, für den entwickelt sich der weitere Verlauf des hier dargestellten Weltbildes, selbst wenn nur die militärische Seite betont wird, äußerst folgerichtig.

So führt uns denn auch der Ausstellungsweg vom Kriegswesen in der Feudalgesellschaft - im Mittelpunkt steht "der große deutsche Bauernkrieg von 1525" - zum Heerwesen im Kapitalismus - mit einer sehr eindrucksvollen Schau über die Befreiungskriege (sie sollten sich die Soldaten (West) einmal ausleihen).

Dieser Teil der Ausstellung wird eingeleitet durch eine Darstellung der "Schlesischen Landwehr". Sie führt vorbei an Gemälden und Eriefen von Blücher, Scharnhorst, Gneisenau und Theodor Körner und zeigt die verschiedenen Uniformen der Befreiungskriege, von denen es im Katalog heißt, daß "die neupreußischen Uniformen sich durch ihre Schmucklosigkeit auszeichnen und damit auch die Armut des Staates repräsentieren".

Die Ausstellung über den ersten Weltkrieg ist gegenüber denjenigen der Vorkriegszeit weit zusammengeschrumpft, enthält aber interessantes Dokumentenmaterial über die Vorbereitungen des Matrosenaufstandes in der Flotte 1917/18. Der Traditionsgehalt dieses Vorganges wird in dem Kollossalgemälde "Matrosenaufstand in Kiel" sichtbar. Diese Darstellung schließt den Rundgang ab und gibt zugleich den Anknüpfungspunkt für die Tradition der ostseeländischen Marine.

Nachdenklich verlässt der Betrachter diese Stätte. Er frage sich, wieviele der Väter von deutschen Soldaten, die jetzt in Ost und West unter entgegengesetzten Vorzeichen ausgebildet werden, vor 15 Jahren vielleicht an demselben Geschütz, in demselben Panzer und in demselben Torpedoboot kämpften und starben....

### Wende in der Vertriebenenpolitik?

sp- Am kommenden Sonntag werden die beiden führenden Vertriebenenverbände, der Verband der Landsmannschaften und Bund vertriebener Deutscher, ihren seit Jahren vorbereiteten Zusammenschluss endgültig durchführen. Wenn auch noch nicht das neue Gefüge im einzelnen festgelegt ist, bedeutet doch dieser Zusammenschluss nicht nur eine Überwindung von organisatorischen Schwierigkeiten, sondern auch für die Zukunft eine Aktivierung der Vertriebenen- und Wiedervereinigungspolitik. Beide Verbände verfügen über einen starken Rückhalt bei den Vertriebenen, ihr Organisationsnetz umfaßt das gesamte Bundesgebiet. Zwischen beiden Verbänden bestanden zeitweilige, durch persönliche und organisatorische Bindungen bedingte Rivalitäten, die das politische Gewicht dieser Organisationen nur begrenzt zum Tragen brachten. Daran scheiterten auch in der Vergangenheit alle Bemühungen um die Schaffung eines Einheitsverbandes.

Das Ergebnis der Bundeswahl hat anscheinend die den Zusammenschluss hemmenden Tendenzen beseitigt. Der Ruf nach dem Einheitsverband wurde immer lauter, wobei noch hinzukam die Unruhe bei der Mehrzahl der Vertriebenen über den Stillstand jeder aktiven Vertriebenen- und Wiedervereinigungspolitik. Dieses Unbehagen griff sogar auf die Flüchtlingsabgeordneten der CDU über. Ein überaus charakteristisches Beispiel für deren Stimmung ist die Tatsache, dass von 18 CDU Bundestagsabgeordneten aus Vertriebenen- und Flüchtlingskreisen sich 16 gegen die Wiederbestellung Oberländer zum Vertriebenenminister wandten. Der Bundeskanzler ging über diesen offenen Protest hinweg, weil ihm Oberländer durch seine Passivität und Fügsamkeit am bequemsten erscheint.

Der Zusammenschluss beider Verbände erfolgt in einer Stunde, in der mit Feiertagsreden zur wichtigsten deutschen Frage nicht mehr viel anzufangen ist. Von einem übergeordneten politischen Gesichtspunkt her ist die Schaffung des Einheitsverbandes zu begrüßen, weil sie die Zerrissenheit in den vergangenen Jahren überwindet und wohl geeignet ist, der deutschen Politik neue Impulse zu geben, sofern die Führung des neuen Verbandes den Erfordernissen einer sich an Europa orientierenden gesamtdeutschen Politik Rechnung trägt.

### Schörner und die Oder-Neisse-Linie

U.D. Im Prozesse gegen Schörner hat sich der Angeklagte immer wieder mit dem Argument zu rechtfertigen versucht, seine Karte gegen Truppe und Zivilbevölkerung sei gerechtfertigt gewesen, weil es darum ginge, durch einhaltenden Widerstand der Bevölkerung Schloßens die Flucht nach dem Westen zu ermöglichen. Mancher der Zeugen fand gewisse scharfe Worte gegen Schörners Grausamkeiten, aber an den Grund der Sache ging eigentlich niemand heran.

Eine während eines Krieges notwendig werdende Evakuierung eines Kampfgebietes von der Zivilbevölkerung hat nur dann einen Sinn, wenn der Bevölkerung wirklich das Schicksal der Kriegsfurie erspart bleibt und sie nicht wenige Wochen später im Inneren des Landes dasselbe Schicksal erleidet, das man ihr am Heimatort ersparen wollte. Es war keine Humanität, als die nationalsozialistische Führung Ende 1944 / Anfang 1945 zur Flucht aus den Ostgebieten aufrief. Der Krieg war bereits verloren und es bestand kein Zweifel, dass die Kriegswalze über Berlin und Mitteldeutschland genauso kommen würde, wie über Breslau und Aachen.

Es musste dem Gegenteil der deutschen Führung bekannt sein, was den östlichen Provinzen Deutschlands im Falle der - unabwendbaren - Niederlage drohte. Aufteilungs- und Annexionspläne waren in zahlreichen Erklärungen der Kriegsgegner öffentlich bekannt gemacht worden, ja, die nationalsozialistische Propaganda bediente sich ihrer zur Aufpeitschung des immer sinkender gewordenen Widerstandes. Wer das heute unter dem Mantel einer angeblichen Humanität verstecken will, bildet Legenden. Sicher erregte der Schrecken vor der Sowjetarmee, auch vor den Kampfhandlungen als solchen, zur Flucht. Aber war es ein Unterschied, den Einmarsch der Russen in Meisse oder zwei Monate später in Berlin zu erleben? Musste nicht der flüchtende Königsberger, der bis Magdeburg kam, wenige Monate später dasselbe Schicksal erleiden, wie der Fremde, ohne Haus und Wohnung, nach entsetzlichen Verlusten im Chaos der Flucht?

Was Schörner mit seinem einhaltenden Widerstand erreichte, war

lediglich eine Entvölkerung deutschen Gebietes, die später die Vertreibung erleichterte, denn 10 Millionen zu vertreiben hätte mindestens bis 1948/49 gedauert. Ob aber die Westmächte zur Zeit der Berliner Blockade noch willig gewesen wären, ostdeutsche Vertriebene in ihren Zonen aufzunehmen, kann man heute mit Recht bestreiten.

Das sind die Zahlen, die schon längst vergessen sind:

	Ende 1944	Nach Flucht (Kriegsende)	Nach Rückkehr und vor Austreibung (Mitte 1954)
Ostpreussen	2 853 000	600 000	300 000
Pommern	1 861 000	1 000 000	1 000 000
Brandenburg	660 000	300 000	350 000
Schlesien	4 718 000	1 500 000	2 500 000
	9 892 000	3 400 000	4 650 000

(Aus: Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa)

Stalin beschwichtigte auf der Potsdamer Konferenz Trumans Skrupel vor Massenaustreibungen mit dem (unstreitig gefälschten) Hinweis, es gebe dort keine Deutschen mehr und irgendwie müsse die Sowjetarmee schließlich für Ordnung in ihrem Rücken sorgen. Also habe man die Verwaltung dieser Gebiete den Polen übertragen (J.F. Byrnes, Speaking frankly, S. 80). Schürner hat sehr gut Teil dazu beigetragen, dass Stalin diese Lüge aufdecken konnte.

+ + +

#### Ein Geschichtsbuch über geläutete Publizistik

K.H. Die reichhaltige Literatur über das Reichchen während der Zeit der Weimarer Republik - die werden hierzulande Bücher wie "Geschichte der Weimarer Republik", von Hans Lyck; "Die ersten 14 Jahre der deutschen Republik" von Friedrich Schlegel; "Der Weg aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie" von Gustav Koske; "Zwischen Demokratie und Diktatur" von Georg Schreiber; "Die Weimarer Republik" von Ferdinand Friedensburg; "Lieber oder Böser" von Evelyn Anderson; "Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik" von Arthur Ro-



senberg; "Die Sozialdemokratie und das Ende der ersten Republik" von Erich Matthias; "Zwischen Räterediktatur und sozialer Demokratie" von Walter Tormin - um nur einige zu nennen - erfährt durch das kürzlich in zweiter Auflage herausgebrachte Werk "Die Auflösung der Weimarer Republik" von Karl Dietrich Bracher eine wertvolle Bereicherung. Bei dem vorliegenden Band handelt es sich um eine Arbeit der Geschichtlichen Abteilung des "Institut für politische Wissenschaft", Berlin.

Keiner der obengenannten Autoren ist in der Lage, eine neue oder sensationelle Aussage über die Tragödie der Weimarer Republik zu machen, doch kann und ist es auch nicht Sache der politischen Publizistik, mit historischen Sensationchen aufzuwarten, sondern die Aufgabe der Autoren ist es, die Geschichte dieser Jahre anhand von dokumentarischen Unterlagen mit oder ohne dazugehörige Kommentierung in Erinnerung zu rufen.

Es ist sicherlich nicht von ungefähr, dass nach dem Erleben des Dritten Reiches eine Fülle von Büchern erschienen ist, deren Verfasser sich alle von verschiedenen geistigen Gesichtspunkten aus mit der Geschichte der Weimarer Republik auseinandersetzen, denn die meisten dieser Autoren wurden gerade durch die "Machtergreifung" Hitlers; durch das sang- und klanglose Verschwinden der Republik mit ihren mehr oder weniger demokratischen Parteien und nicht zuletzt durch die Tatsache, dass die Nationalsozialisten nur deshalb die Macht ergreifen konnten, weil es viele Demokraten nicht verstanden haben, diese fest und energisch genug in der Hand zu halten, zum Schreiben dieser Bücher angeregt. Von dieser Perspektive aus betrachtet dienen die oben erwähnten Bücher weniger geschichtlichen Reminiszenzen, sondern könnten sehr wohl geeignet sein, in die Gegenwart herein zu wirken - zu wirken, wenn man bereit ist, aus den blutig bezahlten Erfahrungen von damals die richtigen und notwendigen Forderungen für die Gegenwart zu ziehen.

Das vorliegende Buch von Bracher kann den Anspruch erheben, als hervorragendes Werk der politischen Geschichte der jüngsten deutschen Vergangenheit gewertet zu werden. Seine Bedeutung dürfte - schon in Anbetracht des Umfanges von 800 Seiten - weniger darin liegen, dass es eine Massenaufgabe erleben wird, sondern, dass auf Grund dieses Buches in höheren Schulen und organisatorischen Kursen und Vorträgen über die für uns so unangenehm wichtige Geschichte der Weimarer Republik gehalten werden. Es ist unwesentlich, ob man mit allen Kommentaren und Auffassungen von K.D. Bracher einverstanden ist. Um vieles wesentlicher erscheint es uns, dass hier eine in ihrer Gründlichkeit bisher noch nicht übertroffene Betrachtung über die jüngste deutsche Geschichte vorliegt, die es zu lehren und aus der vieles zu lernen gilt.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel